



HESSISCHER LANDTAG

15. 11. 2016

INA

Berichtsantrag der Abg. Eckert, Faeser, Franz, Gnagl, Hartmann, Holschuh, Rudolph (SPD) und Fraktion betreffend Stärke und Gefahrenpotenzial der sogenannten Reichsbürgerbewegung

Anhänger der Reichsbürgerbewegung behaupten, das Deutsche Reich bestehe bis heute fort. Die Bundesrepublik Deutschland hingegen sei völkerrechtlich illegal und existiere nicht. Demzufolge fühlen sie sich nicht dazu verpflichtet, die Gesetze der Bundesrepublik zu befolgen. Spätestens nach den tödlichen Schüssen auf einen Polizisten in Franken ist offensichtlich, dass von dieser Bewegung und Einzelpersonen aus diesem Spektrum eine ernstzunehmende Gefahr für die öffentliche Sicherheit ausgeht. Insbesondere gegenüber Polizisten und Mitarbeitern der Justiz scheinen sich Angriffe und Übergriffe aus den Reihen der sogenannten "Reichsbürger" zu häufen. Auch in Hessen ist eine "Exilregierung", die besagtem Spektrum zuzuordnen ist, aktiv. In Großkrotzenburg wurde laut Medienberichten bei einem Reichsbürger ein "ganzes Waffenarsenal" ausgehoben.

Die Landesregierung wird ersucht, im Innenausschuss (INA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Welche Erkenntnisse und Einschätzungen hat die Landesregierung über die Entwicklung der Reichsbürgergruppierungen in den letzten zehn Jahren?
 - a) Wo sind in Hessen solche Gruppierungen aktiv?
 - b) Wie viele Mitglieder zählen die einzelnen Gruppierungen?
 - c) Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über Organisationsgrad und Vernetzung dieser Gruppen vor?
 - d) Werden diese Gruppen vom Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet?
2. Welche Bezüge und Überschneidungen von "Reichsbürgern" zur rechtsextremen Szene sind der Landesregierung bekannt?
3. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über Aktivitäten von "Reichsbürgern" in politischen Parteien?
4. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über Veranstaltungen oder Vorträge der sogenannten Reichsbürger in Hessen (bitte nach Art, Ort und Datum der Veranstaltung aufliedern)?
5. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung darüber, dass im öffentlichen Dienst in Hessen beschäftigte Personen aktiv sind im Reichsbürger-Spektrum?
Wenn es solche Erkenntnisse gibt, wie wurde mit den Personen verfahren?
6. Wie häufig wurden in den letzten zehn Jahren Polizeibeamtinnen und -beamte, Bedienstete der Justiz wie beispielsweise Gerichtsvollzieher und andere Staatsbedienstete, auch kommunale Bedienstete, von Reichsbürgern tätlich angegriffen, bedroht, beleidigt oder Ähnliches (bitte nach Art des Delikts und Jahren aufliedern)?
7. Gab es in den letzten zehn Jahren Angriffe auf oder Bedrohungen gegen andere Personengruppen (z.B. Politikerinnen/Politiker)?
Wenn ja, welche (bitte nach Personengruppe, Art des Delikts und Jahren aufliedern)?
8. Welche Straftaten sind von sogenannten Reichsbürgern in Hessen in den letzten zehn Jahren begangen worden (Bitte Angaben von Deliktart, Verfahrensausgang, der möglichen Zuordnung PMK - rechts - und Aufgliederung nach einzelnen Jahren)?

9. Wie häufig wurden in Hessen in den letzten zehn Jahren illegale Waffen bei Personen, die der Reichsbürger-Szene zuzuordnen sind, gefunden (bitte nach Jahren aufgliedern)?
- Um welche Art von Waffen handelte es sich hierbei?
 - In wie vielen Fällen wurden aufgrund der dargestellten Funde Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen
 - das Waffengesetz,
 - das Kriegswaffenkontrollgesetzeingeleitet?
10. Wie häufig wurde in den letzten zehn Jahren Zubehör für Waffen (bspw. Munition, Zielfernrohre) oder anderes militärisches Gerät (bspw. Abhöreinrichtungen) bei Personen mit Bezug zur Reichsbürgerszene gefunden (bitte nach Jahren aufgliedern)? Welche Art von Waffenzubehör oder anderem militärischem Gerät wurde dabei gefunden?
11. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Anzahl der Personen aus dem Reichsbürger-Spektrum, die über
- einen Waffenschein,
 - eine Waffenbesitzkarte,
 - die Berechtigung zum Erwerb von Munition verfügen?
12. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung darüber, wie viele und welche Waffen sich im Zusammenhang mit den in Frage 11 genannten Berechtigungen im Besitz von Personen aus dem Spektrum der Reichsbürger befinden?
13. Wie schätzt die Landesregierung die Gefährdung durch Reichsbürger mit Zugang zu Waffen ein?
- Was unternimmt die Landesregierung, um festzustellen, in welchem Umfang Personen des Reichsbürger-Spektrums über eine der in Frage 11 genannten Berechtigungen verfügen?
 - Welche Maßnahmen wurden ergriffen bzw. sollen ergriffen werden, um besagten Personen den Zugang zu legalen Waffen zu versagen?
 - Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um den illegalen Besitz von Waffen in dieser Szene zu untersuchen und zu bekämpfen?
14. In welchem Umfang liegen der Landesregierung Erkenntnisse darüber vor, dass von Personen, die der Reichsbürger-Szene zuzuordnen sind, in Hessen der Einsatz von Waffen und Gewalt in konfrontativen Situationen oder der allgemeine Umgang mit Waffen
- durch die Teilnahme an Schießübungen im In- und Ausland trainiert wird,
 - auf anderer Weise trainiert wird?
15. Gibt es Handlungsanweisungen bzw. Vorgaben der Landesregierung zum Umgang der Behörden mit den Angehörigen der Reichsbürgerbewegung?

Wiesbaden, 15. November 2016

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

**Eckert
Faeser
Franz
Gnadt
Hartmann
Holschuh
Rudolph**